

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Zentrale: Tagesblatt Soraueriederlauff

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N. L. Fernsprecher Nr. 22 und 37

Wöchentlich: Nr. 854 Berlin N. W. 7

Wöchentliches Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Groß-Konto bei der Reichsbank

Erkennungsstelle: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Abnahme in unzerbrochenen in Stadt und Land monatlich 2 Reichsmark, im Wochenbezug in unzerbrochenen 50 Reichsmark, bei der Post abgeholt monatlich 2 Reichsmark zuzüglich 30 Reichsmark Postgebühren, durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 Reichsmark mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Verletzung der Rechte durch den Empfänger, wird die Verantwortung des Bestellers übernommen. — Anzeigen sind ohne Rücksicht auf die Art der Anzeigen, die in der Zeitung erscheinen, zu übernehmen. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungsort Sorau N. L.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonette im Anzeigenteil ist 100 Millimeter hoch 8 Pfd. Im Anzeigenteil die 4spaltige Kolonette ist 100 Millimeter hoch 36 Pfd. Für Anzeigen durch den Briefträger aufzugeben 100, aber nicht mehr als 50 Pfd., für Anzeigen mit dem Postboten 2500 und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinlich inserieren, 10000 Reichsmark. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Auftragsgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach jenem Tarif. Bei Zahlungsverzögerung und bei Rückfragen erlischt jeder Anspruch auf Entgelt. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungsort Sorau N. L.

Nummer 14.

Freitag, den 17. Januar 1930.

120. Jahrgang

Die verweigerte Sanktion.

Es ist zu verstehen, daß die deutsche Delegation den Kompromiß über die Regelung der Sanktionen, solange es ging, ängstlich geheim gehalten hat. Sie war sich darüber klar, daß ein Erfolg in dieser Lösung nicht zu sehen sein kann; es ist aber nicht zu verstehen, daß nicht rechtzeitig in Haag oder in Berlin ein authentischer Kommentar herausgebracht wurde, der die starken Belastungen moralischer Art, die in der Sanktionsklause für uns entfallen sind, wenigstens erläuterte. Weshalb die deutsche Delegation eine solche Formel zustimmte, läßt sich zur Not erklären. Der Rechtszustand, wie er im Augenblick gilt, ist in der Tat außerordentlich unbefriedigend. Wir leben bisher immer noch unter dem Damoklesschwert des Paragrafen 450 des Verfaller Vertrages, wonach die Reparationskommission das Recht hat, jederzeit einseitig eine Verletzung Deutschlands festzustellen, diese Reparationskommission ist als gleichzeitige Sägerei, Richter und Geschichtsvollzieher, und welche Folgen sich daraus ergeben können, haben wir ja in der verheerendsten Form beim Ruhrstreik erlebt. Wenn man also von einer Liquidation des Krieges ernsthaft sprechen will, dann ist es selbstverständlich, daß dieses militärische Mittelstystem auch befristet wird.

Aber geschieht das wirklich durch diesen Notenwechsel, der dem Schlußprotokoll beigegeben werden soll? Die Regierung und die meisten Parteien, die mit ihr durch die und dumm gehen, bejahen das unbedingt. Sie sprechen von einer Befestigung der Sanktionen, während die deutsch-nationale Presse das mit der gleichen Entschiedenheit verneint und sogar noch eine Verschlechterung heraushebt, die über die Fesseln des Versailles Vertrags hinausgeht. Vielleicht wäre es klüger gewesen, das ganze Thema nicht anzuschneiden. Wir antworten uns zur Not darauf berufen, daß ja durch den Young-Plan die Reparationskommission befristet wurde, daß damit also die Instanz wegfiel, die Sanktionen verhängen konnte, und daß dadurch allein schon die Möglichkeit künftiger Sanktionen in Wegfall kam. Herr Tardieu, der mit Rücksicht auf seine Mehrheit wohl einen politischen Erfolg brauchte, hat uns nun doch gezwungen, die Frage anzuschneiden und die deutsche Delegation mit einer Antwort nach Hause geschickt, die, auch wenn sie nur rein theoretisch bewertet wird, sehr ernüchternd wirkt. Wir haben den Völkerverbund, wir haben die Locarno-Verträge, wir haben den Kellogg-Pakt, wir haben die große katholische Rede Briands erlebt, die auf das schöne Wort „weg mit den Sanktionen“ ausgeht. Wir haben die ganze Idee des Young-Plans vor uns, die engültig mit der Generalpolitik Schluß zu machen und an ihre Stelle eine freundschaftliche Verständigung zu setzen. Am Ende dieses Weges aber steht nun plötzlich doch wieder das französische Heer als Sicherheitsgarantie, aber jetzt bereit, durch einen Einmarsch in Deutschland den europäischen Frieden auf das Schwerste zu erschüttern. Gewiß, die reine Buchstabeninterpretation wird es nie zu einer neuen Sanktion kommen lassen. Es wird sich kaum jemals eine deutsche Regierung finden, die bewußt den Young-Plan zerreißen wollte. Sie wird versuchen, ihn auf vertraglichem Wege zu ändern, was ihr gutes Recht ist. Sie wird versuchen, die Möglichkeiten einer Revision in die ihm enthalten sind, auszunutzen. Eine abschließende Zerkleinerung aber kann gar nicht in Frage kommen. Wenn das indessen der Fall ist, warum bestanden dann die Franzosen überhaupt auf der Erklärung, warum war es dann notwendig, daß die Delegationen sich um die einzelnen Worte tagelang herumstritten? Zerkleinern, brechen und zerstreuen, das waren die Begriffe, mit denen qualifiziert worden ist. Und die Formel, die schließlich auch von deutscher Seite akzeptiert worden ist, bleibt immer noch in ihrer Bedeutung, daß sich alles Mögliche in sie hineininterpretieren läßt. Sicherlich bedeutet die Einhaltung des internationalen Schiedsgerichtshofes in Haag einen starken Sicherheitsfaktor. Der Gerichtshof hat in den letzten Jahren Beweise seiner Unparteilichkeit gegeben.

Frankreich fordert Anleihe Sperre.

Die Schwierigkeiten der Mobilisierung. — Moldenhauer fordert Anleihefreiheit für Reichsbahn und Post.

Haag, 16. Jan. Nach dem Essen, das die deutsche Abordnung der französischen Delegation gegeben hat, blieben die Vertreter der beiden Staaten fast bis 2 Uhr nachts zusammen und berieten das Privatfinanzierungsproblem. Hiernach sah noch einmal die deutsche Delegation, um sich über die weiteren Schritte klar zu werden. Man erließ hierzu die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind.

In der Sitzung der sechs Mächte, die 1/2 Stunden dauerte, konnte trotz dieser Vorbereitungen keine Einigkeit erzielt werden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer wies darauf hin, daß es unmöglich sei, eine Anleihe Sperre auf die Reichsbahn und Reichspost zu übernehmen.

In der Sitzung verlangte demgegenüber Ministerpräsident Tardieu, daß die Anleihe Sperre für Deutschland sich nicht nur für das Reich als solches, sondern auf alle auch anders gearteten öffentlichen Anleihen einschließlich Bahn und Post beziehen solle.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dörpmüller und Reichspostminister Schägel sind gebeten worden, morgen früh nach dem Haag zu kommen, um die finanzielle Situation der Reichsbahn und der Reichspost darzulegen.

Sodann erließ Tardieu einen vertraulichen Bericht über den Stand der Diskussion, worüber eine private Sitzung der sechs Mächte schon heute nachmittag stattfinden wird. Die ununterbrochenen Verhandlungen mit Ungarn, der Kleinen Entente, Bulgarien und Desterreich haben bisher keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

Seit demnachmittag finden Besprechungen mit den hier anwesenden Bankiers unter Sitzungsleitung der Herren Menzels und Dr. Schacht statt, um die Auslastung des Kapitalmarktes und den Gesamtkomplex der Mobilisierungsfrage zu prüfen. Was den Termin der Sperre für öffentliche Anleihen des Reiches betrifft, so hat Dr. Moldenhauer heute ein weiteres Entgegenkommen über den 1. April 1931 hinaus nicht in Aussicht gestellt.

Es spricht sich auf die Mobilisierungsfrage zum Schluß natürlich die gesamte Konferenz insofern an, als die Franzosen trotz der ungenügenden Vorteile, die sie durch den Young-Plan und die damit verbundenen Abmachungen erhalten, den entscheidenden Wert darauf legen, zu barem Gelde zu gelangen. Auch hier ist noch eine Chance für die deutsche Verhandlungsposition.

Aber auch er bleibt doch letzten Endes immer ein diplomatisches Machtmittel, und wenn er von den Franzosen einmal unter Druck gesetzt wird, könnte es schon geschehen, daß er zu einem Urteilspruch läme, den wir als eine große Ungerechtigkeit empfinden.

Zunächst wenn er mit so kausalfolgenden Begriffe zu rechnen hat. Wie sollen wir den Gegenbeweis führen, falls etwa wieder einmal ein Finanzminister von der abenteuerlichen Unfähigkeit Überdrossen käme, und die Franzosen dann behaupteten, dieser Minister treibe seine Finanzpolitik, um dadurch die Steuerkraft Deutschlands zu untergraben und die Durchführung des Young-Planes unmöglich zu machen. Es könnte schon sein, daß dann auch vernünftige Richter eine solche Art der Finanzpolitik für so unbegründlich halten, daß sie sie nur als bewußte Sabotage auslegen und darauf hin zu einer Verurteilung Deutschlands kommen. Man kann uns entgegenhalten, daß das unwahrscheinlich ist. Gewiß, aber der Fall ist doch konstruierbar, und eben darin liegt das Ungeheuerliche, daß Deutschland zur Wiederherstellung des europäischen Friedens bereit ist, Belastungen auf sich zu nehmen, die über die Grenzen des Tragbaren hinausgehen, daß die Gegenparte dagegen trotz aller Freundschäftsbeschränkungen militärische Gewaltmittel als ultima ratio wieder in den Vertrag hineinmarnert.

gegeben, die voll auszunutzen wir die deutsche Delegation nicht bringen genug eruchen können.

Eine neue Sitzung der sechs Mächte findet erst morgen, Freitag, nachmittag statt, nachdem am Donnerstag mit dem Reichsfinanzminister und dem Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft die finanzielle Lage der Unternehmungen durchgeprochen sein wird. Die beiden Unternehmungen haben einen Kapitalbedarf von 500 Millionen Reichsmark.

Das Hauptgesprächsthema in sämtlichen Delegationen und innerhalb der internationalen Presse ist natürlich heute früh die Sanktionsregelung. Drei typische Beispiele für die Auffassung der verschiedenen Kreise: die holländische Presse hebt fast durchweg den Erfolg Tardieus hervor mit dem Hinweisigen, der „äußerer Fall“ werde allerdings schwerlich real werden. Das ist durchaus zu bezweifeln und wird vielmehr von den nachpolitischen Verhältnissen in Europa abhängen, vor allem aber auch von der Entwicklung Deutschlands selbst. Wenn wir tatsächlich auf Jahrzehnte hinaus keine Instalten machen, uns von der Tributpflicht zu befreien, wenn, was praktisch natürlich vollkommen ausgeschlossen ist, der Young-Plan für längere Zeit erfüllbar wäre, dann hätte diese holländische Auffassung recht, aber nur dann.

In letzterinstanz die französischen Kreise wird die Regelung aus innerpolitischen französischen Gründen sehr bebauert. Man habe Herrn Tardieu zu einem Erfolg verhoffen, obwohl er damit nur einen Trumpf gegen Briand und gegen die französische Linke ausspielen wolle.

Und die amerikanische Hearst-Presse schließlich stellt das Uebereinkommen als eine „vollkommene Niederlage Deutschlands“ dar.

Die letzten Arbeiten der Konferenz.

Haag, 16. Jan. Die sechs einladenden Mächte werden morgen früh 10 Uhr zu einer

Sitzung zusammentreten, um den von den Juristen heute aufgestellten Entwurf des Schlußprotokolls für die im Ausschuss für deutsche Reparationen behandelten Fragen zu überprüfen. Es ist ferner vereinbart worden, daß am Sonnabend morgen die sechs einladenden Mächte zusammen mit den kleineren Mächten in Aussicht genommene Schlußfolgerungen noch am selben Nachmittag stattfinden kann. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß eine abschließende Erklärung des Ausschusses für deutsche Reparationen, also einschließlich der geladenen Mächte, bis dahin zu erlangen ist. Letzteres ist zweifelhaft, weil der bekannte Interessenzusammenhang zwischen der Regelung der eigenen Reparationsfragen der Mächte und der deutschen Reparationsregelung für diese Mächtegruppe besteht, und weil sie unter sich über die Dispositionen sich offensichtlich nicht einmnen können. Für diesen Fall ist bereits in dem Brüsseler Protokoll der Juristen vorgesehen und hier zwischen den sechs einladenden Mächten verabredet worden, daß deren Untergriff allein für die Ratifikation und die Inangriffnahme des Haager Abkommens genügen wird.

„Daily Herald“ zur Sanktionsfrage.

London, 17. Jan. (Radiobericht des „S. L.“) Der Haager Korrespondent des „Daily Herald“ sagt: Aus praktischen Gründen besteht sehr wenig Wahrscheinlichkeit, daß die Sanktionsbestimmungen jemals zur Anwendung kommen werden. Die Verantwortung dafür, Deutschland einer vorläufigen Vertragsverletzung für schuldig zu erklären, liegt jetzt in den Händen eines internationalen und teilweise neutralen Gerichtshofes, und die Maßnahme des Haager Gerichtes arbeitet zu langsam, um eine übereilte Maßnahme nach Art der Ruhrbesetzung zu ermöglichen. Die Tatsache, daß die deutsche Regierung ihr Einverständnis erklärt hat, ist der beste Beweis für ihren aufrichtigen Willen, den Young-Plan durchzuführen.

Offensive gegen Schacht.

Der Beschluß des Vorstandes der G. P. D.-Reichstagsfraktion.

Berlin, 16. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt unter Teilnahme des Reichstagsleiters Müller und des Reichsarbeitsministers Wiffell eine Sitzung über den Fall Schacht ab und gab darauf folgende Mitteilung aus:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß sich am Donnerstagmittag mit der Lage, die durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Haag entstanden ist. Es herrschte große Einmütigkeit darüber, daß eine Regierung der Reichsbank, wie sie von Dr. Schacht durch mißbräuchliche Ausnutzung der Unabhängigkeit dieses Institutes etabliert worden ist, nicht ertragen werden kann. Der Fraktionsvorsitzende erwartet vom Reichsbankpräsidenten, daß er sich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus dem Haag mit der Frage beschäftigen wird, wie durch Veränderung des Verhältnisses die Freiheit der deutschen Volkswirtschaft in Bezug auf die Personalfrage der Reichsbank ausreichten erweitert werden kann. Mit der systematischen Drangsalierung der Rechte für die Gemeinden und der dadurch ständig wachsenden Beschäftigungslosigkeit wird sich in den nächsten Tagen eine kombinierte Sitzung der Vorstände der Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befassen.

Berliner Pressestimmen.

Die Stellungnahme des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Haag verleiht der „Vorwärts“ mit einem langen Kommentar, in dem es u. a. heißt: Dr. Schacht muß weg! Das ist mehr als ein Parteinteresse der Sozialdemokratie, das ist ein Lebensinteresse der Deutschen Republik. Wichtiger noch als die Person Schachts ist die Garantie, daß sich ein „Fall

Schacht“ in der Geschichte des Deutschen Reiches nicht wiederholt. Das Reich wird seinen Selbst in Ordnung bringen. Wir werden auch die absolute Autonomie der Reichsbankpolitik nicht nur nicht befürworten, sondern nach allen Kräften fördern. Aber wir werden dafür kämpfen, daß in den Verträgen, die die Reichsbankpolitik zu führen haben, keine Nebenregierung mehr erwacht.

Die „Germania“ bezeichnet es als etwas anderes, Schacht aus politischen Gründen zur Ordnung zu rufen und die sachliche Stellung des Reichsbankpräsidenten als Grundfrage zu diskutieren. Wir würden es, so freiheitlich das Zentrumslager, nicht nur für einen Fehler, sondern auch aus währungspolitischen Gründen geradezu für gefährlich halten, das Amt des Reichsbankpräsidenten zu politisieren.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: Die Untergrabung der Kreditwürdigkeit, die Berliner Tarifverhandlungen und die Preisveränderungen bei den Verkehrsunternehmungen und anderswo sind Stützpunkte und darüber hinaus Auswirkungen lange ungetrafft betriebener öffentlicher Mißwirtschaft, die die G. P. D. durch Steinwörter gegen die Reichsbank, die an allem unbeteiligt ist, zu verwickeln und gleichgültig — indem sie den Kopf Schachts fordert — zu verurteilen sucht. Ein dem Haager Bericht des Blattes steht: Eine Untertung der Unabhängigkeit der Reichsbank wäre für den Reichsfinanzminister die Rohnerkennung gewesen, und man kann nur hoffen, daß damit das letzte Wort gesprochen ist.

Die „Botsenzeitung“ nennt es einfach unvorstellbar, daß die Deutsche Volkspartei in den bevorstehenden nicht nur für Dr. Schacht, sondern für das gesamte Bürgerrecht entscheidungsführender parlamentarischer Kämpfen den Reichsbankpräsidenten im Stiche lassen könnte. Die Konsequenzen, die gezogen werden müssen, ergeben sich wohl von selbst: Sofortige Einberufung der Reichstagsfraktion